

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 888 846 ppbn d

Inhalt

Ernst Haar MdB zu den Warnstreiks der Eisenbahner: Kanzler Kohl löst Versprechen nicht ein.

Seite 1

Dokumentation:

SPD-Präsidiumsmitglied Dr. Erhard Eppler hielt am 3. Februar an der Humboldt-Universität zu Berlin einen Vortrag, den wir in zwei Teilen dokumentieren. Teil II: Die Kultur des politischen Streits.

Seite 3

43. Jahrgang / 33

18. Februar 1988

Kanzler Kohl löst Versprechen nicht ein

Verbitterung der Eisenbahner führt zu Warnstreiks

Von Ernst Haar MdB

Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED)

Unter den Eisenbahnern rumort es. Der Unmut über die Untätigkeit der Bundesregierung wächst zunehmend. Am 17. Februar kam es daher zu den ersten Warnstreiks bei der Deutschen Bundesbahn. Weitere Aktionen sind in den nächsten Tagen zu erwarten.

Sowohl bei den laufenden Tarifverhandlungen, als auch in der Bahnpolitik löst die Bundesregierung feste Zusagen des Kanzlers nicht ein. Helmut Kohl war mit der Zusage angetreten, die Arbeitslosigkeit abzubauen. Heute ist die Zahl der Arbeitslosen höher als je zuvor und statt in dieser entscheidenden Frage endlich aktiv zu werden, wird überall nur gemauert. Was aus der bisherigen bescheidenen Vorruhestandslösung wird, ist nach wie vor ungewiß. Noch schlimmer ist die Haltung bei der Arbeitszeitverkürzung. Hier setzt Bonn bewußt auf Konfrontation statt auf Beschäftigungswirksamkeit. Angeführt von Bundesinnenminister Zimmermann haben sich die öffentlichen Arbeitgeber bis heute geweigert, ein Angebot zur Arbeitszeitverkürzung zu unterbreiten.

Dabei ist inzwischen allen falschen Zweckbehauptungen zum Trotz mehrfach die hohe Beschäftigungswirksamkeit gerade dieser Maßnahme nachgewiesen. Allein bei der Bahn bedeutet jede Stunde Arbeitszeitverkürzung die Sicherung von über 4.000 von

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Konsumpapier
mit verbesserter Recycling-
Bezeichnung



der Streichung bedrohten Arbeitsplätzen. Soll der soziale Friede und der Konsens in wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen erhalten bleiben, dann müssen die öffentlichen Arbeitgeber endlich positiv auf die Forderung der Gewerkschaften nach Arbeitszeitverkürzung reagieren. Nachdem sich viele Branchen der Privatwirtschaft inzwischen auf die 35-Stunden-Woche hinbewegen, muß nun auch der öffentliche Dienst nachziehen.

Bis heute uneingelöst ist auch die vor der Wahl gegebene Zusage von Bundeskanzler Kohl, in der Bahnpolitik endlich handeln zu wollen. Im Juli 1986 hatte er in einem Gespräch mit dem Verwaltungsrat der DB angekündigt, nach der Bundestagswahl die wichtigsten Kernprobleme der Bahnpolitik aufgreifen und einer Lösung zuführen zu wollen. Auch auf diesem Feld ist in den vergangenen zwölf Monaten nichts geschehen. Weiterhin hält die Bundesregierung an ihrer unverantwortlichen Finanzpolitik gegenüber der Bahn fest und treibt die DB in einen immer rigoroseren Personalabbau und eine immer höhere Verschuldung.

Dies sind die Eisenbahner nicht länger gewillt hinzunehmen. In vielen Dienstzweigen hat die ungenügende Einstellung von Nachwuchskräften und die zunehmende Überalterung zu unhaltbaren Zuständen geführt. Auf nahezu vier Millionen Stunden belaufen sich die von den Eisenbahnern geleisteten Überstunden, deren Ausgleich durch Freizeit aussteht. Am schlimmsten ist die Situation bei den Lokführern. Jeder Beschäftigte schiebt hier einen Berg von 55 Überstunden vor sich her, der wegen des Personalmangels nicht abgebaut werden kann. Aber auch bei den Busfahrern und den Zugbegleitern summieren sich die offenen Freizeitansprüche noch auf 40 beziehungsweise 37 Stunden pro Beschäftigtem.

Angesichts dieser Situation ist der Unmut der Eisenbahner nur zu berechtigt. Wenn die Bundesregierung nicht endlich handelt, hat sie die Folgen einer weiteren Verschärfung der sozialen Spannungen bei der Bahn und entsprechende Kampfmaßnahmen der Eisenbahner selbst zu verantworten.

(-/18.2.1988/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Dr. Erhard Eppler: Die Kultur des politischen Streits

(Teil II)

SPD-Präsidiumsmitglied Dr. Erhard Eppler hielt am 3. Februar an der Humboldt-Universität zu Berlin einen Vortrag, den wir in zwei Teilen dokumentieren. Er enthält Gedanken, die der SPD-Politiker auch in einem im Frühjahr erscheinenden Buch zu den deutsch-deutschen Beziehungen darlegt.

Wie aber soll der Friede aussehen zwischen politischen Kräften, die sich gegenseitig Friedensfähigkeit zugestehen, sich aber gleichzeitig beschneigen, daß ihre politischen Gegensätze unüberbrückbar sind und bleiben, zwischen Kräften, die in fast allen Fragen uneins sind außer der einen: daß „Friede nicht mehr gegeneinander errüstet, sondern nur noch miteinander vereinbart und organisiert werden kann“?

Gorbatschow würde wahrscheinlich antworten: Das Leben wird es uns lehren. Die deutschen Sozialdemokraten und Kommunisten listen auf, was „das Leben“ wohl bringen wird:

„Es muß zum Normalfall werden, daß wir miteinander handeln, verhandeln und zusammenarbeiten, während wir gleichzeitig da offene und klare Kritik äußern können, wo nach unserem Verständnis die Friedensbereitschaft, der Wille zur Verständigung, die Menschenrechte und die Demokratie im anderen Bereich verletzt werden. Kooperation, Wettbewerb und Konflikt müssen gleich akzeptierte Formen des Umgangs miteinander werden.“

Die konfliktfreie Welt ist noch nicht erfunden, und wenn es sie jemals irgendwo geben sollte, dann sicher nicht zwischen Ost und West. Es ist auch schon vorauszusehen, wo sich die Konflikte am häufigsten entzünden: wenn es um die Verletzung von Menschenrechten geht, oder wenn der eine dem anderen vorwirft, sein Verhalten diene nicht dem Frieden.

Es wird nicht gelingen, den Konflikt durch Wettbewerb oder gar Kooperation abzulösen oder zu ersetzen. Aber der Konflikt verliert seine Dramatik, seine friedensgefährdende Absolutheit, wenn er als etwas Natürliches, als unvermeidlicher Bestandteil friedlicher Beziehungen verstanden und angenommen wird, wenn ihm damit sein Ort, sein - relatives - Recht und seine Funktion zugewiesen wird. Es geht nicht darum, Konflikte schamvoll zuzudecken. Wir brauchen sie auch nicht mutwillig zu suchen. Aber wo sie sich nicht vermeiden lassen, müssen sie auf eine Weise ausgetragen werden, die das Klima nicht vergiftet, sich mit gleichzeitiger Kooperation verträgt, so wie sich Kooperation nicht durch Konflikte irritieren zu lassen braucht.

Irgendwo zwischen Konflikt und Kooperation liegt der Wettbewerb, ein Stichwort, das im Dokument immer wiederkehrt. Er ist eine Form der Konfliktaustragung, und zwar die konstruktivste. Wäre dieser Wettbewerb nur Klassenkampf mit leichter verkäuflichen Mitteln, so bliebe sein Ziel die Vernichtung des Gegners. Das Dokument nennt andere Ziele:

„Der Wettbewerb der sozialen und politischen Systeme sollte darum geführt werden, welches der beiden Systeme den wirksamsten Beitrag zur Lösung der übergreifenden Menschheitsfragen leistet und welches die günstigsten gesellschaftlichen Bedingungen für die Entfaltung von Humanität bietet, welches den Menschen die bessere Chance gibt, ihre Interessen und Rechte durchzusetzen, ihre Werte und Ideale zu verwirklichen.“

Dies mag etwas idealistisch klingen, von Fachleuten der Öffentlichkeitsarbeit auch als Anleitung für Propagandafeldzüge mißverstanden werden. Aber beide Seiten wissen, daß Öffentlichkeitsarbeit zwar die eigenen Leistungen ins günstigste Licht rücken, sie aber nicht ersetzen kann:

„Beide Seiten werden sich an ihren Leistungen und Erfolgen, ihren Fehlleistungen und Mißerfolgen messen lassen müssen.“

Notfalls wird die jeweils andere Seite dafür sorgen, daß sich auch die Mißerfolge herumsprechen. Daher dürfte, Propaganda hin oder her, schließlich doch gelten:

„Jedes der beiden Systeme kann die von ihm beanspruchten Vorzüge nur durch das Beispiel zeigen, das die Menschen innerhalb und außerhalb seiner Grenzen überzeugt.“

Schiedsrichter im Wettbewerb sollen also die Menschen sein, die Bürgerinnen und Bürger der Staaten in West und Ost. Und sie sind es vor allem, denen der Wettbewerb zugute kommen soll. Wenn sie überzeugt werden, wann sie entscheiden sollen, dann wächst ihre Macht. Dann entscheidet im Zweifel nicht die reine Lehre, sondern die Bedürfnisse und Wünsche der Menschen.

Die Autoren wußten wohl, daß bis dahin noch manches schmutzige Wasser die Elbe hinabfließen wird. Aber daß dies die Zielrichtung des Papiers ist, bestreitet niemand. Die Menschen in der DDR, wacher und hellhöriger, haben dies rascher verstanden als die in der Bundesrepublik.

Dies hat wohl auch darin seinen Grund, daß unter den Feldern, auf denen der Wettbewerb ausgetragen ist, neben der Beherrschung des technischen Fortschritts, einem verantwortbaren Verhältnis zwischen Mensch und Natur auch eines genannt ist, das in der DDR mehr Menschen aufhorchen läßt als in der Bundesrepublik:

„... die Entwicklung lebendiger Demokratie, die Verwirklichung und Weiterentwicklung der Menschenrechte in ihrer wechselseitigen Bedingtheit von sozialen, politischen und persönlichen (individuellen) Rechten“...

Niemand braucht zu vergessen, daß dieser Satz von Kommunisten anders interpretiert wird als von Sozialdemokraten. Aber daß damit nicht einfach der heutige Zustand gemeldet sein kann - in Ost und West - ist unbestreitbar. Hier soll etwas entwickelt, nicht konserviert werden. Auch Gorbatschow hat, wo er für Demokratisierung wirbt, nicht westliche Formen von Demokratie im Auge, aber eben doch mehr eigenständige Mitwirkung der Menschen, weniger Tabus in der öffentlichen Diskussion und vor allem weniger Besserwisserei von Seiten der Partei.

Wo der Wettbewerb nicht nur um die überzeugendsten Ergebnisse, sondern um den richtigen Weg ausgetragen wird, spricht das Papier vom politischen Streit. Der Streit muß und wird weitergehen, sagen beide Parteien.

„Aber der Streit über Grundpositionen kann Teil eines produktiven Wettbewerbs der Systeme werden, wenn er so ausgetragen wird, daß Kommunisten und Sozialdemokraten die Grundentscheidungen des jeweils anderen beachten, keine Feindbilder aufbauen, die Motive der anderen Seite nicht verdächtigen, deren Überzeugungen nicht absichtlich verzerrern und ihre Repräsentanten nicht diffamieren.“

Erst wenn beide den politischen Kontext ernst nehmen, in dem der andere denkt und handelt, wird Kritik nicht zu gewohnheitsmäßiger Mäkelei. Nur dann kann Kritik treffen und vielleicht sogar zum Nachdenken veranlassen.

Politischer Streit, der sich der alltäglichen Tricks des politischen Geschäfts enthält, also dem Gegner keine fragwürdigen Motive unterstellt, seine Äußerungen nicht jeweils so karikiert, wie sie sich am bequemsten widerlegen lassen, also keine Feindbilder auf Pappe malt, auf die man seine Schießübungen veranstaltet, wäre Teil einer politischen Kultur. Daher heißt es im Papier:

„SED und SPD sprechen sich für die Entwicklung einer Kultur des Streits und des kontroversen Dialogs aus.“

Der Einwand liegt nahe, dies sei reichlich hoch gegriffen. Was zwischen konkurrierenden Parteien in einer parlamentarischen Demokratie nur selten gelingt, oft nicht einmal zwischen christlichen Schwesterparteien, soll zwischen Parteien möglich werden, die immer noch von Mauer und Stacheldraht getrennt sind? Diese Skepsis ist auch dem Papier selbst nicht fremd:

„Politischer Realismus wird sich gegen Ungeduld wappnen müssen.“

Das Papier versucht zu präzisieren, was zu einer solchen Kultur gehören könnte: Zum Beispiel der Versuch,

„sich zunächst in die Logik der anderen Seite hineinzudenken, freilich nicht, um deren Absichten stets gutzuheißen, sondern um die Zusammenhänge ihres Handelns zu verstehen. Wer diesen Versuch unternimmt, wird sich nicht in aggressiver Polemik erschöpfen.“



Das ist so wenig utopisch wie jene Gleichheitsregel, die sich zwischen Parteien der Bundesrepublik von selbst versteht:

„Niemand darf für sich ein Recht der deutlichen Kritik und der polemischen Darstellung in Anspruch nehmen, ohne es dem Kritisierten in gleichem Maße zuzubilligen.“

Diese Gleichheitsregel soll den Streit nicht anheizen, sondern alle zur Vorsicht mahnen. Es gibt ja bei manchen SED-Funktionären die Neigung, sich in der Kritik an der Bundesrepublik keinerlei Zwang anzutun, aber sofort über Einmischung in die inneren Angelegenheiten zu klagen, wenn ihnen selbst am Zeug geflickt wird. Damit keine Unklarheit bleibt, fügt das Papier hinzu:

„Die ideologische Auseinandersetzung ist so zu führen, daß eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten unterbleibt. Kritik, auch in scharfer Form, darf nicht als eine ‚Einmischung in die inneren Angelegenheiten‘ der anderen Seite zurückgewiesen werden.“

Natürlich wird es in der Praxis immer wieder zu Kontroversen darüber kommen, wo die Grenze zwischen Kritik und Einmischung liege. Sie begannen schon wenige Wochen nach Veröffentlichung des Papiers, als Sozialdemokraten, auch solche aus der Grundwertekommission, sich ganz und gar unmißverständlich zum Vorgehen des Staatssicherheitsdienstes im Bereich der Ostberliner Zionsgemeinde vernehmen ließen. Das entsprach den im Papier niedergelagten Regeln.

Wenn Kritik in der Sache üblich, Einmischung aber ausgeschlossen werden soll, dann ist zwar kein Leisetreten gefragt, wohl aber einigcs Fingerspitzengefühl, und zwar auf beiden Seiten.

Im Papier wird eine Verbindung hergestellt zwischen dem Dialog über die Grenzen hinweg und dem Dialog innerhalb der beiden Gesellschaften:

„Die offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, ihre Erfolge und Mißerfolge, Vorzüge und Nachteile, muß innerhalb jedes Systems möglich sein. Wirklicher Wettbewerb setzt sogar voraus, daß diese Diskussion gefördert wird und praktische Ergebnisse hat. Nur so ist es möglich, daß öffentlich eine vergleichende Bilanz von Praxis und Erfahrungen beider Systeme gezogen wird, so daß Mißlungenes verworfen, Gelingen festgehalten und gegebenenfalls übernommen und weiterentwickelt werden kann.“

Diese Passage können manche Bürgerinnen und Bürger der DDR heute auswendig aufsagen. Sie hat die Hoffnung geweckt, daß den Dialog mit den eigenen Bürgern nicht verweigern will, wer den Dialog mit den politischen Kräften des Westens sucht und pflegt. Diese Hoffnung haben unzählige Bürgerinnen und Bürger der DDR, die zu ihrem Staat stehen, weil sie in ihm den Ort sehen, wo ihre kritische Mitarbeit gefordert ist. Sie wollen nicht akklamieren und nicht herunterreißen, sie wollen den Staat, den sie als den ihren angenommen haben, besser, freier, menschlicher machen. Und sie fordern nun - gestützt auf diese Passage - den Dialog ein über die Erfolge und Mißerfolge ihres Betriebes oder ihrer Stadtverwaltung, über die Vorzüge und Nachteile des Erziehungssystems, der Handelsorganisation oder des Pressewesens, aber eben auch ihres Staates insgesamt. Und es hieße die Intelligenz der Mitglieder des Politbüros der SED unterschätzen, wollte man ihnen unterstellen, sie hätten bei der Beratung des Gemeinsamen Papiers nicht gemerkt, was da von den eigenen Bürgern zu erwarten war.

Schließlich gehört der Dialog nach innen und außen nicht nur notwendig zum Wettbewerb der Systeme, er soll auch dem Frieden dienen:

„Der Dialog zwischen allen gesellschaftlichen Organisationen, Institutionen, Kräften und Personen auf beiden Seiten gewinnt wachsende Bedeutung für die Friedenssicherung.“

Der Ton liegt hier auf dem Wörtchen „allen“. Alle auf beiden Seiten sollen am grenzüberschreitenden Dialog teilhaben - und dann wohl auch an dem im innern. In der DDR bewegen sich nur die Kirchen und ein paar autonome Gruppen außerhalb jenes wohlgeordneten Netzes von Organisationen, in dem letztlich die Direktiven des Politbüros gelten. Aber immerhin sind mit „allen gesellschaftlichen Organisationen“ im besonderen die Kirchen angesprochen. Ihre Verbindungen nach draußen werden zahlreicher, intensiver und für die ganze DDR fruchtbarer. Die vielfältigen Kontakte von Stadt zu



Stadt, von Verein zu Verein, die sich jetzt anbahnen, entfalten eine eigene Dynamik der Öffnung, die sich nicht mehr beliebig kommandieren oder gar rückgängig machen läßt. Auch das weiß man im Zentralkomitee der Einheitspartei.

Dialog setzt Informationen voraus, aber er schafft und erweitert sie auch. Daher postuliert das Papier - hier, das sel zugegeben, in einer den Bürokraten entlehnten Sprache, der die Mühsal der Konsensbildung noch anzusehen ist:

„Der umfassenden Informiertheit der Bürger in Ost und West kommt im Prozeß der Friedenssicherung und des Systemwettstreits eine wachsende Bedeutung zu. Dazu müssen die Staaten in beiden Systemen entsprechend der KSZE-Schlußakte auf ihrem Territorium die Verbreitung von periodisch und nicht periodisch erscheinenden Zeitungen und gedruckten Veröffentlichungen aus den anderen Teilnehmerstaaten erleichtern.“

Kommunisten pflegen, wo es um Informationsfreiheit geht, darauf zu verweisen, daß die Bürgerinnen und Bürger der DDR politisch in der Regel besser informiert sind als die der Bundesrepublik. Dann ihnen stünden meist neben den Medien der DDR auch das Fernsehen der Bundesrepublik zur Verfügung, dessen politische Sendungen sie aufmerksamer verfolgten als die Deutschen im Westen.

Dieser Hinweis dürfte korrekt sein. Aber eben wenn dies so ist, und wenn dies von der SED - aus weichen Gründen auch immer - heute eher gefördert als behindert wird, ist nicht einzusehen, warum die ZEIT oder der SPIEGEL die Bürger der DDR mehr verwirren sollen als „PANORAMA“ oder gar das „ZDF-MAGAZIN“. Die Menschen in der DDR sind in ihrer Mehrheit wesentlich stärker politisiert als die der Bundesrepublik. Sie würden es ihrem Staat danken, wenn sie auch lesen könnten, was sie längst gehört haben. Die neuen, großzügigeren Zollbestimmungen für die Einfuhr von Druckerzeugnissen werden von DDR-Bürgern als erste Wirkung des Gemeinsamen Papiers gedeutet.

Der Vorrang des Friedens bedeutet nicht, daß wir schweigend zusehen oder gar wegsehen müßten, wo wir meinen, daß gegen Menschenrechte verstoßen wird. Daß die Sozialdemokraten dies ernst meinen, ist manchen in Ost und West inzwischen klargeworden. Aber dieser Kritik fehlt der rechtshaberische oder gar hämische Unterton.

Die Kritiker wollen nicht recht gehabt haben nach der Melodie: „Wir haben es ja immer schon gewußt, daß Menschenrechte bei Euch nicht zählen, daß Ihr ohne Feindbilder nicht auskommt.“ Kritik kann nur hilfreich sein, wenn in ihr auch eine Spur Trauer darüber mitschwingt, daß der andere sich nicht oder noch nicht so verhält, wie es seinen Zusagen entspräche.

Sicher, auch wo über Menschenrechte gestritten wird, gilt, was das Papier ohne Beschönigung festhält:

„daß beide oft mit denselben Begriffen verschiedene Inhalte verbinden“.

Aber eben doch nicht nur verschiedene. Daß Menschen ein Recht haben, ihre Meinung zu sagen, wird grundsätzlich auch von Kommunisten nicht bestritten. Daß jemand wegen seiner Religion keine Nachteile haben sollte, gilt offiziell auch in der DDR, auch wenn es immer noch Gegenbeispiele gibt. Daß es eigentlich wünschenswert und normal wäre, daß jeder reisen kann, wohin er will, wird indirekt auch dadurch bestätigt, daß die SED immer mehr in einen Begründungszwang gerät. Sie muß, wenn auch noch nicht im Einzelfall, erklären, warum dies in der DDR nicht so ist. Eines Tages wird sie gegenüber jedem einzelnen Bürger begründen müssen, warum er nicht reisen darf.

Daher jagt das „Gemeinsame Papier“ keinen Illusionen nach, wenn es immer wieder auf die Menschenrechte Bezug nimmt, wenn beide Seiten sich gegenseitig das Recht zubilligen, Menschenrechtsverletzungen zu rügen. Das ändert nicht von heute auf morgen die politische oder gar administrative Praxis. Aber es setzt Maßstäbe. Und je reifer die Kultur des politischen Streits wird, desto mehr könnten sich die Maßstäbe angleichen.

Es könnte geschehen, daß im Westen Arbeitslosigkeit ebenso als Menschenrechtsverletzung angegriffen wird wie im Osten Reisebeschränkungen.

(-/18.2.1988/vo-he/rs)

